



Freitag, 23. Oktober 2026, 15:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Die Angst vor dem Frieden

Wenn ein Land wie Deutschland ganz auf Kriegswirtschaft umgestellt wird, erscheint Entspannungspolitik als Risiko für den Standort.

von Uwe Froschauer

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (PeopleImages, Zhane Luk)

Was bedeutet es, wenn Deutschland seine Wirtschaft zunehmend auf Rüstungsproduktion ausrichtet? Haben

sich die Bürger darüber schon einmal ernsthaft Gedanken gemacht? Wenn immer mehr Arbeitsplätze, Unternehmensgewinne und ganze Industriestandorte von militärischen Aufträgen abhängen, entsteht eine moralisch höchst bedenkliche Situation: Frieden und internationale Entspannung könnten wirtschaftliche Probleme verursachen, während militärische Spannungen und die Angst vor Kriegen die Auftragsbücher füllen. Müssen wir irgendwann darauf hoffen, dass die Welt unfriedlich bleibt, damit unsere Wirtschaft floriert? Soll ausgerechnet das Geschäft mit Waffen und Munition zum Rettungsanker einer schwächelnden deutschen Industrie werden? Eine solche Entwicklung wirft Fragen auf, die weit über Wirtschaftswachstum, Verteidigungsausgaben und Arbeitsplatzsicherung hinausgehen. Es geht um den moralischen Kompass einer Gesellschaft, die nach zwei Weltkriegen eigentlich wissen sollte, wohin Militarisierung führen kann.

Wenn Frieden zum wirtschaftlichen Problem wird

Stellen Sie sich vor, in Deutschland herrscht wirtschaftliche Aufbruchstimmung. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, neue Produktionshallen werden errichtet, zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt und die Aktienkurse steigen. Politiker sprechen von einer erfolgreichen Industriepolitik, Wirtschaftsverbände freuen sich über steigende Umsätze und die Medien berichten über neue Wachstumschancen. Was zunächst nach einer erfreulichen

Entwicklung klingt, bekommt einen bitteren Beigeschmack, wenn man sich anschaut, womit dieses Wachstum erwirtschaftet wird: mit Panzern, Raketen, Artilleriegranaten, Kampfdrohnen und anderen militärischen Gütern, die im Ernstfall Menschen töten und Städte zerstören.

Ich frage mich, was mit einer Gesellschaft geschieht, die beginnt, solche Entwicklungen als wirtschaftlichen Fortschritt zu feiern.

Was sagt es über unsere politischen Prioritäten aus, wenn eine schwächelnde zivile Industrie zunehmend durch Rüstungsaufträge gestützt werden soll?

Und was geschieht, wenn aus der vermeintlichen wirtschaftlichen Rettung eine dauerhafte Abhängigkeit wird? Wer Fabriken baut, Produktionskapazitäten erweitert und Tausende Menschen beschäftigt, benötigt langfristig Aufträge. Eine Rüstungsindustrie, die einmal erheblich ausgebaut wurde, wird sich nicht freiwillig wieder verkleinern, nur weil internationale Spannungen nachlassen. Sie wird versuchen, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern, wie andere Industriezweige auch.

Das ist für mich das eigentliche Problem. Eine zivile Industrie kann davon profitieren, dass Menschen in Frieden leben, konsumieren, reisen, Häuser bauen oder Maschinen benötigen. Eine Rüstungsindustrie dagegen lebt von militärischem Bedarf. Dieser kann zwar auch in Friedenszeiten durch Abschreckung, Ersatzbeschaffungen und die Auffüllung von Beständen entstehen. Dennoch bleibt der grundlegende Widerspruch bestehen: Je stärker sich eine Volkswirtschaft von militärischen Aufträgen abhängig macht, desto größer wird das wirtschaftliche Interesse an dauerhaft hohen Rüstungsausgaben. Internationale Entspannung und Abrüstung können dann für Unternehmen, Beschäftigte und ganze Regionen zu einer wirtschaftlichen Herausforderung werden.

Wollen wir tatsächlich eine Gesellschaft, in der sich Menschen irgendwann fragen müssen, ob ein dauerhafter Frieden ihren Arbeitsplatz gefährden könnte? In der eine diplomatische Verständigung zwischen verfeindeten Staaten nicht nur als politische Erfolgsmeldung, sondern womöglich auch als Risiko für die Umsätze der Rüstungsindustrie betrachtet wird? Ich halte schon die Möglichkeit einer solchen Entwicklung für moralisch unerträglich. Nicht weil jeder Beschäftigte eines Rüstungsunternehmens den Krieg befürworten würde, sondern weil eine Politik, die wirtschaftliche Abhängigkeiten von militärischer Nachfrage schafft, einen gefährlichen Interessenkonflikt in Kauf nimmt.

Und Sie, Frau von der Leyen, die Sie milliardenschwere europäische Aufrüstungsprogramme vorantreiben: Wo bleibt bei Ihren wirtschafts- und sicherheitspolitischen Überlegungen die moralische Auseinandersetzung mit diesen langfristigen Abhängigkeiten? Wie wollen Sie verhindern, dass sich in Europa ein militärisch-industrieller Komplex entwickelt, dessen wirtschaftliche Interessen irgendwann schwerer wiegen als die Bereitschaft zu Abrüstung und diplomatischer Verständigung? Wer die Rüstungsproduktion zu einem wichtigen Bestandteil europäischer Industriepolitik macht, muss sich auch dieser Frage stellen. Ethische Fragen kommen Ihnen, Frau von der Leyen, anscheinend kaum in den Sinn.

Die Europäische Kommission will mit ihrem Programm ReArm Europe / Readiness 2030 zusätzliche Verteidigungsinvestitionen von bis zu 800 Milliarden Euro ermöglichen. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, militärische Fähigkeiten zu stärken, industrielle Kapazitäten auszubauen und Europas Sicherheit zu gewährleisten. Die Kommission versteht diese Politik ausdrücklich als Antwort auf eine verschärfte Sicherheitslage.

Dabei wird geflissentlich ausgeblendet, welchen Anteil die

europäische Politik selbst an der Verschärfung dieser Sicherheitslage hat. Ursula von der Leyen, Kaja Kallas, Friedrich Merz und Emmanuel Macron setzen auf Aufrüstung, militärische Unterstützung der Ukraine und zunehmenden Druck auf Russland, statt ernsthafte Verhandlungen auf Augenhöhe in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Verhandlungen, bei denen Russland faktisch die Maximalforderungen der Gegenseite akzeptieren soll, sind keine realistische Grundlage für einen dauerhaften Frieden. Wer die Sicherheitsinteressen Russlands von vornherein ausklammert, erschwert eine diplomatische Lösung. Der russische Angriff auf die Ukraine bleibt völkerrechtswidrig, doch daraus folgt nicht, dass die europäische Eskalationspolitik alternativlos wäre.

Die genannten Verantwortlichen sollten sich deshalb fragen lassen, inwieweit sie selbst zu jener gefährlichen Sicherheitslage beigetragen haben, die sie nun als Begründung für immer neue Aufrüstungsprogramme heranziehen.

Entschuldigt, aber ihr Kriegstreiber seid menschenverachtende und mental sowie ethisch unfähige Doppelmoralisten!

Selbst wenn man die sicherheitspolitische Begründung akzeptiert — was ich nicht tue —, bleibt die Frage bestehen, welche wirtschaftlichen und politischen Strukturen mit diesen Investitionen geschaffen werden und wie sich diese später wieder zurückführen lassen.

Deutschland steht deshalb nicht nur vor einer industriepolitischen, sondern auch vor einer gesellschaftlichen Grundsatzentscheidung. Soll die wirtschaftliche Zukunft des Landes vor allem durch zivile Innovationen, industrielle Leistungsfähigkeit und friedlichen internationalen Austausch gesichert werden? Oder wird die Herstellung militärischer Güter zu einem immer wichtigeren Bestandteil der wirtschaftlichen Existenzsicherung? Diese Fragen

sollten öffentlich diskutiert werden und sich nicht auf Produktionszahlen, Verteidigungsetats und neue Arbeitsplätze beschränken.

Bereits US-Präsident Dwight D. Eisenhower warnte am 17. Januar 1961 in seiner Abschiedsrede vor dem unzulässigen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes auf Politik und Gesellschaft. Eisenhower war selbst General gewesen und erkannte die Notwendigkeit militärischer Verteidigungsfähigkeit an. Umso gewichtiger war seine Warnung vor einer dauerhaften Verflechtung von Rüstungsindustrie, Militär und politischen Entscheidungsträgern.

Mehr als sechs Jahrzehnte später stellt sich die Frage, ob Europa im Begriff ist, vergleichbare Strukturen aufzubauen.

Uns sollte klar sein: Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik muss nicht nur fragen, wie viele Arbeitsplätze entstehen und welche Gewinne Unternehmen erzielen. Sie muss ebenso fragen, welchen gesellschaftlichen Zwecken die Produktion dient und welche politischen Abhängigkeiten daraus erwachsen.

Wirtschaftlicher Erfolg allein ist kein ausreichender moralischer Maßstab. Wer das ausblendet, reduziert Menschenleben, Frieden und Sicherheit auf betriebswirtschaftliche Kennzahlen.

Vom Industrieland zum Rüstungsstandort

Deutschland war über Jahrzehnte eine der führenden Industrienationen der Welt. Automobile, Maschinen, chemische Erzeugnisse, medizinische Geräte und hochwertige technische Anlagen waren das Rückgrat seiner Wirtschaft. Deutsche

Ingenieurskunst, qualifizierte Fachkräfte und leistungsfähige mittelständische Unternehmen trugen wesentlich zum Wohlstand des Landes bei. Heute steht ein Teil dieser industriellen Basis unter erheblichem Druck. Hohe Energiepreise, maßlose Bürokratie aus Brüssel und seitens der Regierung, internationale Konkurrenz, strukturelle Veränderungen und politische Fehlentscheidungen ohne Ende haben zahlreiche Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht. Arbeitsplätze werden abgebaut, Investitionen verschoben und Produktionsstandorte infrage gestellt.

Während Teile der zivilen Industrie um ihre Zukunft kämpfen, erlebt die Rüstungsbranche einen Aufschwung. Neue Fabriken werden gebaut, Produktionskapazitäten erweitert und Fachkräfte gesucht. Unternehmen, die bisher überwiegend für zivile Märkte produzierten, prüfen den Einstieg in militärische Lieferketten. Was früher in der öffentlichen Wahrnehmung ein politisch und moralisch besonders sensibler Wirtschaftszweig war, wird zunehmend als Hoffnungsträger für industrielle Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum präsentiert.

Wie konkret diese Entwicklung bereits ist, zeigt das Beispiel Rheinmetall. Im September 2025 eröffnete der Konzern in Unterlüß ein neues Munitionswerk. Nach Unternehmensangaben soll dort nach vollständigem Produktionshochlauf eine jährliche Kapazität von bis zu 350.000 Artilleriegeschossen erreicht werden. Zusammen mit der geplanten Raketenmotorfertigung sollen am Standort bis zu 500 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Wirtschaftlich betrachtet handelt es sich um Investitionen, Produktionskapazitäten und Beschäftigung. Doch was wird dort eigentlich hergestellt? Artilleriemunition, die im Krieg eingesetzt werden kann, um militärische Ziele zu bekämpfen, und deren Einsatz Menschenleben kosten kann. Diese Tatsache verschwindet nicht dadurch, dass man die Produktion unter dem Begriff industrieller Wertschöpfung verbucht.

Auch das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) beschreibt in seinem im Oktober 2026 aktualisierten Fachkräftereport die wachsende Bedeutung des Wechsels von Beschäftigten aus der schwächelnden Automobilindustrie in die Rüstungsbranche. Für Unternehmen und Arbeitnehmer können sich dadurch neue berufliche Perspektiven ergeben.

Ich mache keinem Beschäftigten einen Vorwurf, der nach einer Entlassung eine neue Arbeitsstelle sucht. Wer seine Familie ernähren und seine Existenz sichern muss, kann es sich häufig nicht leisten, lange über die gesellschaftspolitischen Folgen seines neuen Arbeitsplatzes nachzudenken. Die Verantwortung für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen liegt bei denjenigen, die sie gestalten. Sie liegt bei politischen Verantwortlichen wie Ursula von der Leyen, Kaja Kallas, Friedrich Merz und Emmanuel Macron, die den Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie mit Nachdruck vorantreiben. Während die zivile Industrie unter hohen Energiekosten, internationalem Wettbewerbsdruck und einer ausufernden, nicht zuletzt von Brüssel mitverursachten Bürokratie leidet, werden für die Rüstungsproduktion Milliarden mobilisiert und Genehmigungsverfahren für Rüstungsprojekte beschleunigt.

Und Sie, Frau von der Leyen, Herr Merz und all die anderen Befürworter dieser Aufrüstungspolitik: Weshalb bringen Sie nicht denselben politischen Ehrgeiz auf, um die zivile Industrie wieder auf die Beine zu stellen? Ist es tatsächlich Ihre Vorstellung von wirtschaftlichem Fortschritt, dass Menschen, die bisher Fahrzeuge, Maschinen und zivile technische Anlagen hergestellt haben, künftig Panzer, Raketen und Munition produzieren? Dass ausgerechnet die Rüstungsindustrie zum Hoffnungsträger einer Industrienation wird, deren zivile Produktionsbasis zunehmend unter Druck gerät?

Herr Merz, Sie und Ihr fragwürdiges Kabinett sollten den Bürgern endlich erklären, wie Sie die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichern wollen, ohne das Land

immer stärker von militärischen Staatsaufträgen abhängig zu machen.

Für diese politische Schwerpunktsetzung tragen Sie die Verantwortung, nicht die Arbeitnehmer, die um ihre Existenz kämpfen.

Dabei ist keineswegs sicher, dass der Rüstungsboom die Arbeitsplatzverluste in anderen Industriezweigen annähernd ausgleichen kann. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwartet für 2026 einen Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe um rund 160.000 Personen. Die steigenden Verteidigungsausgaben kommen nach seiner Einschätzung unmittelbar vor allem der Rüstungsindustrie und ihren Zulieferern zugute.

Auch aus rein wirtschaftlicher Sicht ist daher fraglich, ob sich die strukturellen Probleme einer großen Industrienation durch den Ausbau der Waffenproduktion lösen lassen.

Deutschland verfügt über hervorragende Ingenieure, Wissenschaftler, Facharbeiter und Unternehmer. Diese Fähigkeiten könnten ebenso für moderne Verkehrssysteme, Energieversorgung, Medizintechnik, Infrastruktur oder andere zivile Zukunftsindustrien eingesetzt werden. Weshalb sollte eine Industrienation ihre wirtschaftlichen Hoffnungen zunehmend auf die Herstellung militärischer Güter richten? Die Antwort kann nicht allein lauten, dass der Staat dafür derzeit besonders viel Geld bereitstellt.

Ich halte es für gefährlich, wenn wirtschaftspolitische Erfolgsmeldungen zunehmend mit neuen Munitionsfabriken, steigenden Rüstungsetats und langfristigen militärischen Beschaffungsprogrammen verbunden werden.

Denn mit jeder neuen Produktionsstätte, jedem zusätzlichen

Arbeitsplatz und jeder weiteren Spezialisierung wächst das wirtschaftliche Interesse daran, die Nachfrage nach diesen Produkten aufrechtzuerhalten. Damit steigt auch das Risiko, dass wirtschaftliche Interessen politischen Entscheidungen für Frieden entgegenstehen.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.